bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 09 | 29. April 2005

Rechte Szene 2

"Befreiungslüge“
Das rechtsextreme Spektrum verknüpft zum 8. Mai NS-Nostalgie mit sozialer Demagogie.

Boomende Branche
Weitere „rechte Häuser“ in Thüringen / Der inhaftierte Neonazi Hendrik Möbus soll möglicherweise vorzeitig entlassen werden.

Geschäftstüchtiger Wirt
Der Landgasthof von Dieter Kern ist ein wichtiger Treffpunkt für die Neonazi-Szene geworden.

Geschlossene Runde
Die NPD hat in Stolberg – hermetisch abgeriegelt – ihr 40-jähriges Bestehen gefeiert.

"Rassenzugehörigkeit"
Das neonazistische „Skadi-Forum“ steht offenbar vor dem Aus.

Langjährige Karriere
Neonazi-Skin organisiert 1. Mai-Aufmarsch.

Blick in die Zeitgeschichte 7

"Geheimniskrämerei"
Das Auswärtige Amt war in den Holocaust verstrickt. Eine Kommission soll jetzt die bisher nicht aufgearbeitete Rolle des Ministeriums in der NS-Zeit untersuchen.

Grauzone 9

Männerfreundschaften
Hamburger Burschenschaften unterhalten Verbindungen ins rechtsextreme Lager.

Antisemitismus 10

Ewiges Feindbild
Die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ stoßen auf ungebrochenes Interesse.

Meldungen 11

Rechte Szene

"Befreiungslüge“

Das rechtsextreme Spektrum verknüpft zum 8. Mai NS-Nostalgie mit sozialer Demagogie.

Zum vermeintlichen Erfolgsrezept der Voigt-NPD gehört, es nicht beim verklärten Blick auf braune Zeiten bewenden zu lassen. Anhänger und Wählerstimmen lassen sich nicht mit Nostalgie alleine gewinnen. Sozialdemagogie soll die Partei voranbringen. Geradezu idealtypisch drückt ein Plakat die von der NPD geknüpfte Verbindung vom Gestern zum Heute aus, mit dem Junge Nationaldemokraten und NPD für ihre Berliner Demonstration „60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldkult“ am 8. Mai werben: Blut rinnt dort aus der 1945 auf dem Reichstag gehissten Sowjetfahne, fließt auf die Stelen des Holocaust-Mahnmals und schließlich über die Fassade eines Arbeitsamtes. „Arbeit statt Vergangenheitsbewältigung!“ fordert das Plakat. Und für die, die auch das Kleinergedruckte lesen, wird die Verbindung von 1945 bis 2005 in aller NPD-Klarheit deutlich: „Täuschen wir uns nicht: Alle Probleme der heutigen Tage, von Arbeitslosigkeit über Globalisierung bis zu Sozialabbau und Souveränitäts- und Identitätsverlust sind direkte Folge der ‘Befreiung’ und der anschließenden Umerziehung der Deutschen.“

Gedacht war der Aufmarsch in der Bundeshauptstadt als „europaweite Großdemonstration“. Die zentrale Veranstaltung der extremen Rechten zum 8. Mai und gegen „die Lüge von der Befreiung unseres Volkes“ sollte es werden. Doch der Führungsanspruch der NPD samt der mit ihr sympathisierenden Teile der „Freien Kameradschaften“ reicht nicht so weit, dass die Partei einen einzigen, konkurrenzlosen Aufmarsch zum Kriegsende durchsetzen kann. Mindestens zwei Parallelveranstaltungen wird es geben.

Im nördlich von Leipzig gelegenen Delitzsch wird der notorische NPD-Gegner Christian Worch einer der Redner sein. Nachdem Voigt & Co. seine Pläne für eine zentrale Veranstaltung zum 1. Mai in Leipzig obsolet gemacht hatten, ließ Worch seinerseits die Partei mit Blick auf den 8. Mai wissen, dass „weder die NPD noch sonstwer die Bestimmungsmacht hat, zu sagen, ob oder welche Demonstration nun wirklich bundes/reichsweit zentral zu sein hat und welche nicht“. Thomas Gerlach, der dabei für „Nationale Sozialisten Ostthüringen/Westsachsen“ zeichnete, verbreitete die Erklärung zu der Demonstration, die unter dem Motto „Gegen Kriegstreiberei und Fremdverwaltung unterdrückter Völker“ steht.

Ärgerlicher noch als die Konkurrenzveranstaltung in Sachsen dürfte für die NPD sein, dass auch manche „Freie“, die ansonsten die Zusammenarbeit mit der Partei suchen, von der „europaweiten Großdemonstration“ offenbar wenig wissen wollen. In Remagen, südlich von Bonn, wollen Neonazis ebenfalls am 8. Mai auflaufen. Verbreitet hat den Aufruf unter anderem der „Freie“ Christian Malcoci, der bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai auf Platz acht der NPD-Landesliste kandidiert. Und glaubt man dem Kölner Neonazi Axel Reitz, wird die Demonstration auch von Ralph Tegethoff mitorganisiert, der im September letzten Jahres gemeinsam mit Thomas Wulff und Thorsten Heise öffentlichkeitswirksam der NPD beigetreten war. Als Veranstalter des „Gedenkmarsches für die in den alliierten Rheinwiesenlagern ermordeten Soldaten, Frauen und Kinder – Protest gegen die alliierten Kriegsverbrechen“ werden „freie Kräfte aus dem Rheinland“ genannt.

Rednerin soll unter anderem die „Zeitzeugin“ Marianne Hennig, Rotkreuzschwester in einer Panzerjäger-Abteilung der Wehrmacht, sein, die auch im August 2004 bei der Wunsiedel-Demonstration sprach. In früheren Veröffentlichungen waren als Redner zudem Reinhold Leidenfrost, als Wehrmachts-Jagdflieger ebenfalls ein Vertreter der „Erlebnisgeneration“, sowie der frühere NPD-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz, Wilhelm Herbi, angekündigt worden. Vom Lagerleben hat Herbi seine ganz eigenen Vorstellungen – wenn es um Konzentrationslager geht. Der „Spiegel“ zitierte ihn im Jahre 2000 mit dem Satz: „Das, was eine Anne Frank, ein Simon Wiesenthal oder ein Elie Wiesel mitgemacht haben, waren geregelte Lageraufenthalte in einer schlechten Zeit. Da gab es Betten und Decken.“ Da zieht er es eher vor, statt dessen der „Opfer alliierter Willkür“ zu gedenken.

Tomas Sager

Boomende Branche

Weitere „rechte Häuser" in Thüringen – Der inhaftierte Neonazi Hendrik Möbus soll möglicherweise vorzeitig entlassen werden.

Wenn Thüringer Neonazis in der Öffentlichkeit feiern, dann ungestört und auf zentralen Plätzen. Der „Thüringentag der nationalen Jugend" am 28. Mai soll auf dem Theaterplatz der Dichterstadt Weimar stattfinden, das so genannte „Fest der Völker" am 11. Juni im Zentrum Jenas und das mittlerweile schon „alljährliche" „NPD Open Air" im Park der Jugend. Obwohl Innenminsterium und Polizei in Erfurt den Organisationsgrad der regionalen Neonazi-Strukturen herunterspielen, offenbart sich dieser doch am zunehmenden Aktionismus diverser rechtsextremer Gruppen.

Wie die thüringische Tageszeitung „Das freie Wort" berichtete, hatte ein szenebekannter Neonazi aus Bad Blankenburg 2004 das ehemalige Betriebsferienlager mit einem Dutzend massiver Bungalows, Saal, Küche, Sanitärgebäude auf einem riesigen Grundstück gekauft. Weil der Bürgermeister im benachbarten Unterwirbach von den Vorstrafen des Käufers – Verstoß gegen das Waffengesetz und Widerstand gegen Polizisten – noch rechtzeitig erfuhr, machte die Gemeinde von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch und schnappte dem Neonazi, der bereits den Notarvertrag unterschrieben hatte, die Immobilie vor der Nase weg.

Dennoch soll es nach Schätzungen zwischen sieben und 14 „rechte Häuser" in Thüringen geben. „Da kommt wohl noch einiges auf uns zu", zitieren Lokalmedien den Landrat des Saale-Orla-Kreises, Frank Roßner (SPD). In Sonneberg etwa hat ein Neonazi für Bandproben Industriegelände angemietet. Im alten Sonni-Heizhaus entfaltet sich seitdem ein „Jugendleben der besonderen Art", wie das „Freie Wort" schreibt. Damit gemeint sind: Skinhead-Konzerte, Versammlungen mit Szene-Größen unter dem Banner von „White Power" und einem Bild von Rudolf Heß.

Das letzte große Konzert der wohl bekanntesten thüringischen Neonazi-Band „Absurd" fand vor wenigen Wochen in Sachsen statt. Dabei hatten Kameraden aus dem Umfeld der Band erst kürzlich ein geräumiges Schulgebäude in Remda-Teichel ersteigert. Aber dort wird noch gearbeitet. Der Mörtel steht säckeweise vor der Tür.

Wie mittlerweile bekannt wurde, geht „Absurd"-Chef Ronald Möbus zur Zeit vorsichtig mit Konzerten seiner NS-Black Metal-Band um. Dabei geht es vor allem um seinen Bruder Hendrik Möbus. Der 27-Jährige sitzt im Gefängnis wegen diverser Delikte eine vierjährige Haftstrafe ab, was ihn jedoch nicht daran hinderte, der aktuellen CD der Band „Absurd", „Blutgericht", den Liedtext „Der Freiheitskämpfer" beizusteuern. Im Begleitheft der CD wird der Bruder mit dem Satz „Deine Zeit wird wieder kommen" gegrüßt.

Als jetzt Internethacker den E-Mail-Verkehr zwischen dem 31-jährigen Versandhändler Ronald Möbus und dem Konzertbetreiber in Mücka offen legten, kam heraus, warum die Brüder Möbus Negativschlagzeilen vermeiden möchten. So soll es in einer Mail von Ronald Anfang April heißen: „Ich habe keine Lust, durch so was als ohnehin Vorbestrafter auf Bewährung wieder besonders gesteigertes Interesse des Staatsschutzes auf mich zu ziehen, und Hendrik ... wäre natürlich auch nicht sehr erfreut darüber, wenn seine 2/3-Entlassung, die am 28. Juli 2005 möglich wäre, dadurch erschwert wird, weil der Richter, der jetzt über der Akte sitzt (…) negativ beeinflusst wird..."

Hendrik Möbus, der nach dem Ritual-Mord an einem Mitschüler 1993 keine Reue zeigte, im Gegenteil das Opfer noch als „Volksschädling" verhöhnte, wurde bereits einmal vorzeitig auf Bewährung entlassen. Seitdem konnte er seinen Einfluss innerhalb der neonazistischen Szene stärken. Die Anklage vor dem Landgericht Erfurt warf ihm 2003 mehr als 20 Vergehen vor, darunter Leugnung des Holocausts. Zuvor hatte sich Möbus durch Flucht in die USA der Justiz entzogen und bei dem mittlerweile verstorbenen Rechtsextremisten Willliam Pierce Schutz gefunden. 2001 wurde Möbus ausgewiesen, verfügt seitdem allerdings über beste Kontakte ins Neonazi-Lager sowie zur NPD. Sein Bruder zählt zu den aktivsten Neonazis Thüringens. Im Begleitheft der neuen CD prahlt „Absurd": „Für den ganzen Abfall ... draußen: Schwächlinge drohen, echte Kerle handeln." Eine vorzeitige Haftentlassung Möbus' durch die thüringischen Behörden wäre völlig unverständlich.

Andrea Röpke

Geschäftstüchtiger Wirt

Der Landgasthof von Dieter Kern ist ein wichtiger Treffpunkt für die Neonazi-Szene geworden.

Viele Anwohner aus Heilshoop kamen nicht, sie blieben an den Gartenzäunen stehen. Manche schüttelten ablehnend den Kopf, andere aber lächelten freundlich, als die Demonstration gegen das Neonazizentrum „Landhaus – Grill und Bierstube“ vorbeilief. An die 300 Menschen waren aus dem Landkreis Stormarn nahe Lübeck am 16. April in die 650-Seelen Gemeinde gekommen, um dem Pächter des Landgasthofs Dieter Kern die „Ruhe“ zu nehmen. „Ein Jahr ist lange genug“, meinte ein Sprecher des Bündnisses „Nazigasthof dichtmachen“.

Seit März 2004 hat Kern die Pacht des Landhauses übernommen. Der langjährige Vorsitzende des „Bündnis Rechts“ (BR) war jahrelang bei der Hansestadt Lübeck im Bereich Umweltschutz/Kläranlagen angestellt. Nachdem er die Anschläge auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 als „längst überfällige Befreiungsaktion gegen die USA“ bezeichnete, folgte die Kündigung Kerns, die vom Bundesarbeitsgericht bestätigt wurde. Mit dem Gasthof hat sich Kern eine neue ökonomische Absicherung geschaffen.

„Der wird sich hier nicht lange halten“, hoffte Heilshoops Bürgermeister Wendelin Herbrand noch vor gut einem Jahr. „Da geht keiner aus dem Dorf hin“, versprach der Lokalpolitiker von der „Allgemeinen kommunalen Wählervereinigung“. Viele Gäste aus der Gemeinde kehrten nicht in den Landgasthof ein, auch die Freiwillige Feuerwehr wich mit ihrem Stammtisch in eine andere Lokalität aus. Der Landgasthof läuft dennoch gut. Besuchen doch immer wieder alte und junge Neonazis aus dem Norden die Gaststätte, mal zu einem Liederabend, mal zu einer Veranstaltung. Geschäftstüchtig bietet Kern fast jedes Wochenende in der Gaststätte einen Lieder- oder Konzertabend, wie mit dem rechten Barden Jörg Hähnel oder den Rechtsrockbands „Einherje“ und „Kampfhandlung“ an. Per Annoncen in NPD-Zeitungen, unter anderem in der „Deutschen Stimme“, bewirbt er seine Räumlichkeiten und seine „gute Küche“. Aber auch mitten in der Woche ist der Gasthof für die Rechten offen. Am Donnerstagabend kommt, laut der NPD-Zeitung „Schleswig-Holstein-Stimme“ das BR dort zu einem Stammtisch zusammen. Beim Landtagswahlkampf 2005 nutzte die NPD ebenfalls die Räumlichkeiten: Der Bundeschef Udo Voigt und der Kameradschaftsführer Thomas Wulff traten dort bei einer Diskussionsrunde auf und der Liedermacher Frank Rennicke führte einen Musikabend durch. „Der Gasthof ist nicht unbedeutend für die Szene“, bestätigte der Verfassungsschutz. Zu der weiteren Entwicklung des Gasthauses möchte sich die Behörde jedoch nicht festlegen.

Die Demonstration war nicht die erste Aktion gegen das Neonazizentrum. Schon im Juni 2004 protestierten an die 150 Menschen gegen den Gasthof, als der verurteilte Neonazi und Holocaust-Leugner Manfred Roeder im Saal referierte. Die Protestaktion verärgerte allerdings Herbrand. „Die können doch in Berlin, Hamburg, oder meinetwegen auch in Kiel demonstrierten“, erklärte der Bürgermeister und betonte: „Wir empfinden das als Belästigung“. Als im vergangenen November 25 Mitglieder des Bündnisses wegen der regelmäßig stattfindenden rechten Konzerte Flugblätter verteilten, wurden sie von der Polizei festgesetzt. „Mit Hunden und Pfefferspray gingen sie gegen uns vor und nahmen unsere Personalien auf“, sagte der Bündnissprecher. Die Betroffenen haben rechtliche Schritte eingeleitet.

Die Meinung des Bürgermeisters teilen aber längst nicht mehr alle Anwohner. „Ich habe mich nicht getraut mitzuprotestieren“, sagte eine Dame über den Gartenzaum. Die Rechtsextremen seien schließlich gefährlich. Einige Bürgerinnen und Bürger wollen auch nicht mehr auf eine mögliche Pleite Kerns hoffen. Sie wollen handeln. Erstmals unterstützen Personen und Gruppen aus dem Kreis, wie die Jusos Stormarn die Aktion gegen Kern. „Mittelfristig wollen wir mit einem breiten Bündnis nach Lösungen suchen“, betonte ein Juso-Mitglied, das aus „Sicherheitsgründen“ nicht namentlich genannt werden möchte. Keine überzogene Vorsicht. Der Anmelder der Demonstration im vergangenen Jahr erhielt per Post die antisemitische Drohung: „Shalom. Du alter Spinner. Du lebst ja noch!“. Gemeinsam mit den lokalen Gewerkschaften und den Vereinen der Gemeinde wollen die Jusos jetzt „nachhaltige Aktionen gegen das Neonazizentrum“ entwickeln.

Andreas Speit

Geschlossene Runde

Die NPD hat in Stolberg – hermetisch abgeriegelt – ihr 40-jähriges Bestehen gefeiert.

Da staunten am 16. April einige der rund 250 Gegendemonstranten in Stolberg (Kreis Aachen) nicht schlecht: René Laube, grobschlächtiger Nazi-Skin und oft in T-Shirts der NS-Terrorgruppe „Combat 18“ anzutreffen, marschiert mit anderen Neonazis im edlen Anzug auf. Grund dafür ist ein Festakt der NPD zum 40-jährigen Bestehen. Laube, Mitanführer der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), will wohl NPD-Chef Udo Voigt gefallen. Schließlich ist der 25-jährige Arbeitslose bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen NPD-Kandidat im Kreis Düren. Auch die zur Bewährung ausgesetzte Geldstrafe von 1650 Euro wegen Falschaussage vor Gericht dürfte Voigt erfreuen, denn Laube machte sich vor zwei Jahren zugunsten eines wegen Bedrohung von politischen Gegnern angeklagten „Kameraden“ strafbar. Kürzlich drohte Laube dann Antifaschisten selbst vage mit Mord.

Willibert Kunkel, lokaler Organisator des Festaktes, empfängt die geladenen Gäste an besagtem Samstag auf dem vor der Festhalle hermetisch von der Polizei abgeriegelten Olaf-Palme-Friedensplatz, benannt nach dem ermordeten schwedischen Sozialdemokraten. Kunkel ist sichtlich stolz darauf, dass er die Parteispitze in die Stadt, in deren Rat er für die NPD sitzt, gelotst hat. Er nimmt sich sogar Zeit dafür, gut gelaunt mit einer Gegendemonstrantin zu diskutieren. Dass er 1000 Euro Saalmiete und seine Kameraden ihre Zeche an den türkischen Pächter der Stadthalle zahlen müssen, stört ihn nicht. Die NPD, sagt Kunkel, sei „eine junge Partei, dynamisch wie wir nun mal sind.“

Die NPD feiert an diesem Wochenende in geschlossener Runde nachträglich ihr 40-jähriges Bestehen. Zwar war die Partei 1964 gegründet worden, jedoch wies NPD-Pressesprecher Klaus Beier zuvor darauf hin, dass man wegen der Wahlkämpfe in Sachsen und Schleswig-Holstein die Feier auf das Frühjahr 2005 verschoben habe. Zwischen 250 und 300 Parteifreunde sollen im Saal feiern, darunter Udo Voigt. Gut gelaunt erscheint der NPD-Chef sogar kurz am Fenster und schießt eigenhändig Erinnerungsphotos von den Demonstranten. Teile der übrigen Parteispitze, Gründungsmitglieder und rechte Skinheads sind angereist. Auch die sächsische Landtagsfraktion um den Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel und Uwe Leichsenring ist anwesend. Festreden halten laut NPD neben anderen Voigt, Apfel, der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Udo Walendy und weitere Parteifunktionäre. Grußworte lassen unter anderem DVU-Chef Gerhard Frey, der notorische Antisemit und Rechtsanwalt Horst Mahler sowie der frühere Parteivorsitzende Günter Deckert ausrichten. Die Halle hat die NPD mit historischen Wahlplakaten geschmückt, zudem werden Parteijubilare geehrt.

Erinnerungsphotos von Demonstranten

Kunkel ist Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Aachen, Mitglied des NRW-Landesvorstandes und Landtagswahl-Kandidat. Der 54-Jährige wurde kürzlich wegen Körperverletzung an einem 13-Jährigen zu einer Geldstrafe von 2100 Euro verurteilt. Kunkel kooperiert eng mit der KAL und sitzt in Fraktionsstärke mit Oliver Harf, Ex-Mitglied der völkisch-nationalen „Aachener Burschenschaft Libertas Brünn“, im Stolberger Rat. Und trotz des Festaktes sehen es beide als ihre Pflicht an, diesen kurz zu verlassen und einer als „deutliches Zeichen“ gegen Rechts gedachten, außerordentlichen Ratssitzung beizuwohnen.

Aufgerufen hat zu dem symbolischen Protest Bürgermeister Ferdi Gatzweiler (SPD). Als der vor rund 400 Menschen sagt, das Rathaus sei „der Ort für Demokratie und Freiheit“, bejubelt Kunkel das mit lauten Bravo-Rufen. Provokativ feixen er, Harf und der DVU-Ratsmann Rudi Motter über Gatzweilers Rede. Doch ihre Mienen werden ernster, als der Gastredner und regionale DGB-Chef Heinz Kaulen Neonazis als „Mörder“ bezeichnet, für die in der Gesellschaft „kein Platz“ sei. Am Ende schüttelt Kunkel ungläubig den Kopf über die Standpauke.

Als dann Musik erklingt, reicht es den drei Rechtsextremen. Sie verlassen den Ratssaal, um weiter mit den Kameraden zu feiern. Kunkel grummelt wie zum Abschied vor sich hin: „Schade, Moorsoldaten singen sie ja nicht.“ „Die Moorsoldaten“ war das Lagerlied in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten.

Michael Klarmann

"Rassenzugehörigkeit"

Das neonazistische „Skadi-Forum" steht offenbar vor dem Aus.

Das vor zweieinhalb Jahren mit umfangreichem Angebot gestartete Webprojekt „Skadi-Forum" bot der Neonaziszene so wichtige Dienste wie eine international bekannte Neonazi-Topliste, ein Bannertauschsystem, kostenloses Webhosting sowie ein hoch frequentiertes Forum. Es wurde durch Zusammenschluss mit dem als WPMP3 bekannten „Nationalen Forum" zum bedeutendsten europäische Neonazi-Forum mit über 4000 angemeldeten Usern. Für deutsche Neonazis war – neben den umfangreichen Diskussionen ohne Rücksichtnahme auf Gesetzesverstöße – vor allem der Musikbereich des Forums wichtig: Hier hatten sie eine der umfangreichsten online verfügbaren Sammlungen von Liedtexten der rechten Szene zusammengetragen.

Eine Intervention der länderübergreifenden Stelle „jugendschutz.net" beim Server-Provider führte im letzten Jahr zur kompletten Sperrung des Webangebots und aller Dienste (bnr 16/04). Den Seitenbetreibern gelang lediglich die zeitweise Wiederinbetriebnahme des Forums, das nun offenbar endgültig nicht mehr zu erreichen ist. Szeneintern kursieren über die Ursachen nur Gerüchte und Beschuldigungen. In einer Erklärung des für den deutschen Forenbereich verantwortlichen Neonazis „wpmp3" werden für den Zusammenbruch Serverprobleme, vor allem aber persönliche Differenzen mit dem amerikanischen Neonazi „+Suomut+", derzeitiger Kopf von Skadi.net, angeführt.

Die technischen Probleme manifestieren, was im mehrfachen virtuellen Schlagabtausch schon zuvor deutlich wurde: Innerhalb des Skadi-Forums wie zwischen diesem und weiteren Neonazi-Foren gab es heftige Auseinandersetzungen über die „Rassenzugehörigkeit" der Forumsteilnehmer, die sich insbesondere um den Streit zwischen den „nordischen" und den „mediterranen Rassen" drehte. Rasse-Fundamentalisten des „Nordish.net" warfen Skadi.net in der Vergangenheit häufig die europäische Ausrichtung und „mediterrane" Teilnehmer vor. Der mittlerweile Verantwortliche für Skadi.net, „+Suomut+", selbst ist Aktivist des rassistischen Nordish.net.

Registriert ist die Domain skadi.net auf den Namen „Njörd Eriksson". Hierbei handelt es sich laut Szeneinformationen um das Pseudonym eines Mitte dreißigjährigen deutschen Neonazis, der auch als „Tiwaz", „arisk14" oder „njord14" im Internet aktiv ist. Dieser hat, nachdem er schon im vergangenen Jahr seinen Rückzug vom „Projekt Skadi" angekündigt hatte, die Verantwortung für das Forum an „+Suomut+" übergeben. Der wiederum, selbst in einem weiteren großen neonazistischen Forum aktiv, hat bisher wenig Aktivitäten zur Schadensbegrenzung für die Szene entwickelt. Mittlerweile kursiert von ihm die Aussage, dass nur „Tiwaz" das Forum wieder in Betrieb nehmen könne, was in großen Teilen der braunen Webszene als gleichbedeutend mit dem Aus für das Forum verstanden wird.

Dennoch versucht derzeit „wpmp" zumindest die deutsche Sektion, finanziert durch Spenden, wieder zu etablieren. Analog dazu finden sich in einigen Neonaziforen Appelle, mit der „alten Skadi-Crew" das Skadi-Forum zu re-aktivieren. Seit kurzem ist eine veraltete Startseite von Skadi wieder online, deren Links zum Großteil ins Leere führen. In Betrieb genommen wurde offenbar wieder die Topliste. Diese zeigte beim Relaunch zahlreiche veraltete Links auf nicht mehr existente Webadressen, ist aber wieder akzeptiert worden und zeigt steigende Aktualität.

Bisher tauchte die Seite abwechselnd auf zwei Servern unterschiedlicher amerikanischer Provider auf, bei beiden in einschlägiger Nachbarschaft. Probeweise wurde sie auf dem Webserver des Auschwitzleugners Germar Rudolf eingestellt und teilte sich dort die IP-Adresse mit der von ihm betreuten Website der revisionistischen VHO (Vrij Historisch Onderzoek) und zwei weiteren revisionistischen Webangeboten. Ihren derzeitigen Platz scheint sie indes auf einem Server gefunden zu haben, der das neonazistische „Blut-und-Boden-Forum" beherbergt – zeitweise wird dieses beim Aufruf der Skadi-Seite geöffnet und so offenbar als Nachfolgeforum empfohlen. Unter der IP-Adresse sind über 90 Domains online, darunter die Webpräsens des Rechtsextremisten Claus Nordbruch, die neonazistische Webpublikation „The New Sturmer" und das pornographische „World Sex Forum".

Rudolf Kleinschmidt

Langjährige Karriere

Neonazi-Skin organisiert 1. Mai-Aufmarsch.

Unter dem Motto „1. Mai - Tag der deutschen Arbeit - Globalisierungswahn stoppen!“ findet an diesem Tag in der rheinland-pfälzischen Stadt Frankenthal eine Neonazi-Demonstration statt. Veranstalter des braunen Aufmarsches ist der unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestrafte NPD-Aktivist Christian Hehl (Szenename „Hehli“), Deutschlands bekanntester Neonazi-Skinhead.

Der knasterfahrene und mit rund 100 Kilogramm schwergewichtige Hehl (36) ist seit dem Teenie-Alter in der Neonazi-Szene aktiv. Sein politisches Wirken reichte im Laufe der Jahre von FAP, Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden, Nationalistische Front, Deutsche Alternative, Blood&Honour, der Hooligan-Truppe „The Firm“ bis zur NPD und den Jungen Nationaldemokraten (JN). 1998 wurde Hehl JN-Vorstandsmitglied in Rheinland-Pfalz. Im gleichen Jahr biss sein Pitbull-Terrier einem vierjährigen Jungen in den Kopf, dessen Augenlicht konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden. Hehls politischer Karriere schadete dieser Vorfall nicht. 1999 wurde er in den rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorstand gewählt. Beim Landtagswahlkampf der NPD im vergangenen Herbst in Sachsen war Hehl als Flugblattverteiler in Dresden eingesetzt.

Weniger erfolgreich war Hehl darin, seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von rechtsextremen Devotionalien („Sturm Verlag & Versand“, Szeneladen „Hehl`s World“ in Ludwigshafen) zu bestreiten, woran er scheiterte. In den letzten Jahren organisierte und veranstaltete Hehl mehrfach Skinkonzerte und Feiern im Clubhaus der Rockergang „MC Bandidos“ in Mannheim-Rheinau, die bundesweit Aufmerksamkeit fanden.

Im Anschluss an den Aufmarsch in Frankenthal am 1. Mai sollen die braunen Kameraden dann nach Worms fahren und an der Demonstration der „Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland“ unter dem Motto „Stoppt die Ausplünderung des deutschen Volkes – Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ teilnehmen.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

"Geheimniskrämerei"

Das Auswärtige Amt war in den Holocaust verstrickt. Eine Kommission soll jetzt die bisher nicht aufgearbeitete Rolle des Ministeriums in der NS-Zeit untersuchen.

Als das „Internationale Kriegsverbrechertribunal“ in Nürnberg Ende 1946 die Urteile gegen Spitzenfunktionäre des NS-Staates verkündete, staunten viele Beobachter darüber, dass auch Außenminister Joachim von Ribbentrop zum Tode verurteilt wurde. Ihnen war offenbar entgangen, dass sein Ministerium mitverantwortlich für die Shoah war. Sollten aus mit dem NS-Staat verbündeten Staaten Juden deportiert werden, musste das Auswärtige Amt (AA) gefragt werden und zustimmen. Gab es Widerstände, setzte das Berliner AA die betreffende Regierung unter Druck, doch noch zuzustimmen.

Im Außenministerium gab es deshalb einen Verbindungsoffizier zum Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, und dem Chef des Judenreferates im Reichssicherheitshauptamt, Adolf Eichmann. Es war der Legationsrat 1. Klasse, SS-Standartenführer (Oberst) Horst Wagner. Er musste sich darum kümmern, dass nirgendwo jemand versuchte, die Juden zu schützen – etwa in Italien. Die Regierung in Rom war zwar faschistisch, die Ausrottungspolitik des NS-Staates machte sie aber nicht mit. So protestierte sie im Frühjahr 1943 gegen die geplante Verschleppung der großen jüdischen Gemeinde in Saloniki. Wagner schaltete sich ein und schlug am 18. Mai 1943 seinen Vorgesetzten vor, „den Italienern zu antworten, dass sich aus der Erkenntnis über die Schädlichkeit des Judentums die unverzügliche Ausmerzung aller Juden in den von uns besetzten Gebieten aus sicherheitspolitischen und abwehrmäßigen Gründen als unumgänglich erwiesen habe.“ Rom gab sich geschlagen. Das bedeutete für 43 850 Mitglieder der jüdischen Gemeinde den Tod im Gas von Auschwitz.

Wagner hat vor dem Internationalen Tribunal in Nürnberg als Zeuge ausgesagt. Danach wollte die bayerische Polizei ihn (angeblich) verhaften.

Doch Wagner gelang die Flucht – zuerst nach Argentinien. Später kehrte er nach Europa zurück und ließ sich als Peter Ludwig in Rom als Korrespondent südamerikanische Zeitungen nieder. Im März 1953 wurde „Peter Ludwig" in Rom verhaftet. Bonn verlangte seine Auslieferung, weil Wagner im Verdacht stand, an NS-Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Rom lehnte ab. Bei solchen Verbrechen handele es sich um politische, nicht aber um kriminelle Taten. Das Auswärtige Amt in Bonn hatte schlampig gearbeitet. Das Auslieferungsbegehren musste abschlägig beschieden werden, weil das Ministerium nicht überzeugend argumentiert hatte, warum der Völkermord in höchstem Maße kriminell war.

„Gewisse Angeklagte sind stärker als die Justiz"

1956 kehrte Wagner unter seinem richtigen Namen in die Bundesrepublik zurück – in der Überzeugung, ihm werde nichts geschehen. Doch er wurde zu Hause in Essen festgenommen. Die Anklage führte allerdings zu nichts. Wagner wurde immer wieder krank und die Strafkammer in Essen ließ sich an der Nase herumführen. Über die Anklage ist die Hauptverhandlung nicht hinausgekommen. Wie in anderen NS-Prozessen war mit der Verlesung der Anklage in diesem Fall die Rolle des AA beim Holocaust geklärt. Das Verfahren wurde Ende 1972 eingestellt. Sogar Nebenkläger Robert Kempner sagte resigniert: „Gewisse Angeklagte sind eben stärker als die Justiz."

Das Auswärtige Amt hat sich seitdem, soweit bekannt, nicht mehr um seine Rolle in der NS-Zeit gekümmert. Das soll sich jetzt ändern, nachdem Bundesaußenminister Joschka Fischer die Praxis der Nachrufe neu geregelt und angekündigt hat, eine Kommission werde die NS-Zeit des Auswärtigen Amts untersuchen. Dabei dürfte es nicht zuletzt auf die personellen Kontinuitäten im Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland ankommen. Niels Hansen, von 1981 bis 1985 deutscher Botschafter in Israel, ist zwar davon überzeugt, dass das Auswärtige Amt sich intensiv mit seiner NS-Vergangenheit beschäftigt hat, wie er im April in der „Jüdischen Allgemeinen" schrieb. Dieser Auffassung stehen aber Vorfälle gegenüber, die zu erheblichen Zweifeln Anlass geben.

Einer der erfolgreichsten deutschen Staatsanwälte war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Ohne ihn wäre es vermutlich nie zu den großen Auschwitzprozessen in Frankfurt am Main gekommen. Bauer war es auch, der Adolf Eichmann gefunden hat. Eichmann hatte sich bei Kriegsende wie viele andere hohe NS-Funktionäre nach Argentinien abgesetzt. Dort hatte ihn Bauer aufgespürt. Der deutsche Staatsbürger Fritz Bauer unterrichtete allerdings aus guten Gründen nicht die Bundesregierung, das Justiz- oder das Außenministerium. Dort waren nach seiner Überzeugung zu viele Beamte aus der NS-Zeit untergekommen. Außerdem kannte er die Praxis der Rechtsschutzstelle im Auswärtigen Amt, die alle belasteten Deutschen im Ausland warnte, wenn Gefahr im Verzug war. Fritz Bauer informierte vielmehr den israelischen Geheimdienst, der 1960 Eichmann heimlich aus Argentinien nach Israel brachte. Dort begann im April 1961 der Prozess gegen ihn, der mit dem Todesurteil endete.

„Die Frage der Personalkontinuität und den Einfluss von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern klären"

Von den FDP-Politikern und früheren Bundesaußenministern Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher eine gründliche Überprüfung des Auswärtigen Amtes zu erwarten, war unrealistisch. Schließlich hatten sie selbst der Nazipartei angehört. Der Leipziger Historiker Norbert Frei hat am 1. April 2005 im „Deutschlandfunk" darauf hingewiesen, dass die SPD-Bundestagsfraktion schon im Oktober 1951 beantragt hat, einen Untersuchungsausschuss damit zu beauftragen, „die Frage der Personalkontinuität und des Einflusses von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in dem Auswärtigen Amt" zu klären. Der Antrag wurde allerdings von der Mehrheit im Parlament abgelehnt. Diese „Geheimniskrämerei", so Frei, dauere offenbar bis heute an. Die nun beschlossene Aufarbeitung darf jedoch nicht mit der Befreiung im Mai enden. Die Kommission muss versuchen herauszubekommen, wer nach Gründung der Bundesrepublik die Fäden gezogen hat und warum.

Heiner Lichtenstein

Grauzone

Männerfreundschaften

Hamburger Burschenschaften unterhalten Verbindungen ins rechtsextreme Lager.

Der Hamburger Waffenring, der Zusammenschluss aller schlagenden Verbindungen der Hansestadt, bekam am 22. April im Haus der Provinzialloge Niedersachen hohen Besuch: Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) hatte sich als Redner für den „Festkommers 750 Jahre Königsberg“ angekündigt. Mehr als 400 „Waffenbrüder“ – darunter viele im „Vollwichs“ – nahmen an dem anachronistischen Spektakel teil. Dem 1951 gegründeten Waffenring ist unter anderem die Deutsche Burschenschaft (DB) angegliedert. Da viele Bundesbrüder die deutschen Grenzen von 1937 zurück fordern, hat die Heimatstadt von Immanuel Kant einen besonders hohen Symbolwert für die rechte Verbindungs-Szene.

Bernhard Knapstein, Pressereferent der Landsmannschaft Ostpreußen, deren Organ, die „Preußische Allgemeine Zeitung“ (PAZ), als Co-Veranstalter des Festkommers mitwirkte, betrachtet den stellvertretenden Ministerpräsidenten von Brandenburg, der eine halbe Stunde nach Veranstaltungsbeginn anreiste, als Verbündeten: „Herr Schönbohm hat wiederholt in Wort und Tat gezeigt hat, dass ihm das Schicksal der Vertriebenen und das Kulturerbe des historischen deutschen Ostens ein wichtiges Anliegen ist.“

Was sich auf dem Festkommers abspielte, bleibt vorerst ein Geheimnis, denn sämtlichen Medienvertretern war vom Organisations-Komitee eine „uneingeschränkte Absage“ erteilt worden. Einiges lässt sich aber nach Lektüre des Programmhefts erahnen. Der Vorsitzende der „Stadtgemeinschaft Königsberg“ Klaus Weigelt schreibt in seinem Grußwort: „Diese neue Stadt ... ist zu einer Stadt der Enge und Unfreiheit, der Abhängigkeit und der Fremdbestimmung geworden.“ Wahrzeichen wie das Herzog Albrecht von Brandenburg-Denkmal, so Weigelts unmissverständliches „Königsberg bleibt unser!“-Credo, seien „bleibende Aufforderung, sich der eigentlichen Bestimmung der Stadt nicht zu entziehen“.

An der Veranstaltung am 22. April wirkte auch die Hamburger „Germania“ mit. Die Burschenschaft war Anfang der 90er Jahre mehrfach durch Vernetzungsaktivitäten mit der aggressiven Revisionisten- und Neonazi-Szene aufgefallen. So hatte der Landesvorsitzende der mittlerweile verbotenen FAP Andre Goertz zu Treffen im „Germanen“-Haus eingeladen. 1993 bescheinigte der Hamburger Verfassungsschutz der rechtsradikalen Korporation, dass „nationalistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut“ innerhalb ihrer aktiven Teile „weit verbreitet“ sei. In den vergangenen Jahren tauchte die „Germania“, der auch der ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete der Schill-Partei Christian Brandes angehört, im Hamburger Verfassungsschutzbericht nicht mehr auf. Sachliche Gründe gibt es dafür nicht. Denn die Burschenschaft hat ihre Umtriebe nicht eingestellt: Nach Erkenntnissen des AStA der Universität Hamburg, der eine Broschüre über das studentische Verbindungswesen unter dem Titel „Falsch verbunden“ herausgegeben hat, wohnte bis vor einem Jahr der Betreiber von „Nordic-Hammer“ bei den „Germanen“. Der neonazistische Versand unterstützt das „Projekt Schulhof“, das von militanten Freien Kameradschaften ins Leben gerufen worden war und in dessen Rahmen kostenlose CDs mit Musik von Neonazi-Bands verteilt werden.

Die Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Luisa Fiedler (SPD) beobachtet das Treiben der akademischen Rechten schon lange mit Argwohn und hatte im April zwei kleine Anfragen an den CDU-Senat gestellt. Die Antworten fielen nicht nur ausweichend und widersprüchlich aus – auch die Preisgabe der Namen von rechtsextremen Burschenschaften, deren Existenz der Senat bestätigt, wird beharrlich verweigert. Die Sozialdemokratin deutet die Informationspolitik der Landesregierung als „beharrliche Weigerung, nach Rechts unmissverständliche Grenzen zu ziehen“. So sei bekannt, dass auch RCDS-Funktionäre dem Hamburger Waffenring angehören, in dem offenbar gute Männerfreundschaft bis hin zu der am äußersten rechten Rand der Deutschen Burschenschaft stehenden „Germania“ gepflegt werde. Schon allein, weil diese „Kameraderie unter dem Deckmantel gutbürgerlicher Existenzen von Diskretion und Verschleierung“ lebe, müssten die Informationen des Senats unbedingt veröffentlicht werden.

Volker Stahl

Antisemitismus

Ewiges Feindbild

Die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion" stoßen auf ungebrochenes Interesse.

Diktaturen und autoritäre Systeme brauchen den Feind, real oder fiktional, vor dem, so ihre Erwartung, die Menschen bei ihnen Schutz und Fürsorge suchen sollen. Juden tragen ihre Rolle als fiktives Feindbild seit zwei Jahrtausenden. Die Annahme, dies habe sich im Internet-Zeitalter geändert, dürfte eine Illusion sein. In dieses Bild passt die Nachricht, dass der syrische Verlag Dar Al-Awael, autorisiert vom syrischen Informationsministerium, auf der Internationalen Buchmesse Kairo mit weiteren antisemitischen Kampfschriften eine Neuauflage der „Protokolle der Weisen von Zion" vorgestellt habe. Das ursprüngliche Werk ist angereichert um muslimische antijüdische Stereotype sowie politische Kampfparolen der Intifada und ruft, mit dem Ziel der Vernichtung des Staates Israel, zum palästinensischen Terror auf. Ein Bestseller des Antisemitismus' hat so eine Neuauflage erhalten.

Bedrückender ist noch das Ergebnis einer Auswertung palästinensischer Schulbücher durch das amerikanische Center for Monitoring the Impact of Peace. Demnach wird die Hetzschrift den Schülern der 10. Klasse in der Palästinensischen Autonomiebehörde demnächst als „geheime Entscheidung des ersten zionistischen Weltkongresses" vorgestellt. Zutage kam, dass Israel in 160 palästinensischen Lehrbüchern weder als souveräner Staat erwähnt noch auf einer Landkarte verzeichnet ist.

Was da als angebliche Machenschaften der Juden zur Weltbeherrschung kolportiert wird, hat einen ganz anderen Hintergrund. 1864 hatte der französische Rechtsanwalt Maurice Joly in einem satirischen Dialog zwischen Montesquieu und Machiavelli Napoleon III. angegriffen, dem er die Preisgabe der Errungenschaften der Französischen Revolution vorwarf – er büßte dafür mit zwei Jahren Gefängnis. Der deutsche Postbeamte Goedsche griff die Idee des Buches auf und gab ihr erstmals eine antijüdische Tendenz. In dem Roman „Biarritz" schildert er ein angeblich jährlich auf dem Prager Friedhof stattfindendes Gespräch von Vertretern der zwölf Stämme Israels über Fortschritte bei dem Plan zur Übernahme der Weltherrschaft. Im Zusammenhang mit der Dreyfus-Affäre soll ein führender Mitarbeiter des zaristischen Auslandsgeheimdienstes daraus eine Kampfschrift gegen die Juden in Russland und weltweit entwickelt haben, auf dünnen 80 Seiten wurden angebliche 24 Sitzungen der Weisen dokumentiert. Damit sollte die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem zaristischen System auf eine verhasste Volksgruppe abgeleitet werden. Landesweite Verbreitung fanden die Protokolle nach der Jahrhundertwende in den „Aufzeichnungen eines Orthodoxen" von Sergej Nilus. Nach einem kurzzeitigen Verbot in der Zarenzeit kehrte die Schrift nach der russischen Revolution wieder, Lenin erhielt den Platz eines jüdischen Agenten. Das Pamphlet wurde weltweit über die englischen Blätter „Times" sowie „Morning Post" verbreitet und von einer Tageszeitung des Automagnaten Henry Ford 1920 nachgedruckt. Die Distanzierung und Aufklärung über den wahren Hintergrund des Machwerkes hat seine fortwirkende Wertschätzung bei Fanatikern nicht mehr mindern können.

Dass die Nationalsozialisten sich der „Protokolle" bedienten, war eigentlich selbstverständlich, Alfred Rosenberg zitierte daraus, Adolf Hitler wertete es in „Mein Kampf" (S. 337) als Aufdeckung von „Wesen und Tätigkeit des Judenvolkes ... sowie den letzten Schlußzielen!". Der Eher-Verlag der Nazis, der seit 1929 die Rechte besaß, bot das Werk unter dem Titel „Die Geheimnisse der Weisen von Zion" an, es erlebte 40 Auflagen. Auch heute dient es Rechtsextremen für ihre antisemitische Propaganda. Das Interesse an der Schrift ist ungebrochen bei ihren Gegnern wie auch ihren Anhängern. Die Google-Suchmaschine zählt mehr als 30 000 Einträge im Internet.

Wie die Protokolle in Russland weiter wirken, macht eine am 60. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz veröffentlichte, von 500 „Persönlichkeiten" unterzeichnete Anzeige bei der Moskauer Staatsanwaltschaft deutlich, in der die Strafverfolgung „der" Juden gefordert wird, weil sie angeblich die Gesetze brächen und Feindschaft zwischen Christen und Juden schürten, ferner ihre religiösen Rituale das Töten von Menschen forderten. Zu den Unterzeichnern gehören 19 Abgeordnete aus drei Fraktionen der Duma.

Klaus-Henning Rosen

Meldungen

Milde der Justiz

Flensburg – Im Prozess gegen Mitglieder der Neonazigruppe „Combat 18 Pinneburg“ wurden die Angeklagten zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt. Im Mai sollte das Urteil gegen die militante Truppe „Combat 18 Pinnberg“ um den Neonazichef Clemens Otto fallen. Doch am 25. April verurteilte das Landgericht Flensburg vier der Neonazis zu Bewährungs- und Geldstrafen. Ein Fünfter erhielt einen Freispruch. Das schnelle Ende kam, nachdem das Gericht signalisiert hatte, den Tatbestand der Bildung einer kriminellen Vereinigung nicht zu folgen. Staatsanwaltschaft und Verteidigung einigten sich so dann unter anderem alleine erpresserische Handlungen, Körperverletzungen sowie illegalem CD-Handel zu verhandeln. (as)

Deckert ist NPD-Landeschef

Stuttgart – Der Ex-NPD-Vorsitzende Günter Deckert (65) hat es nach mehreren vergeblichen Anläufen geschafft, wieder in eine verantwortliche Funktion der Partei gewählt zu werden. Beim Landesparteitag der baden-württembergischen NPD am 24. April in Stuttgart wählten ihn die Delegierten zum neuen Landesvorsitzenden. Er löst Siegfried Härle ab. Deckerts Wahl sei „bereits im ersten Wahlgang“ erfolgt, teilte die NPD mit, ohne zu verraten, wer außer ihm kandidierte. Deckert, der von 1991 bis Ende 1995 NPD-Chef war, hatte in der Vergangenheit wiederholt ein Comeback versucht. Beim Bundesparteitag im März 2002 war er Udo Voigt bei der Wahl des Vorsitzenden unterlegen. Dass er an der Parteibasis nach wie vor Sympathien genießt - mehr jedenfalls als in der Parteispitze -, zeigte sich bereits im Oktober 2003, als Deckert gegen den Willen der Parteispitze auf den fünften Platz der Kandidatenliste für die Europawahl gewählt wurde. Seine Differenzen zur Bundesspitze sind offenbar nach wie vor nicht ausgeräumt. So wird in einem Lebenslauf Deckerts auf der Homepage der baden-württembergischen NPD geklagt, dass ihn 1995 ein „interner Klüngel um Eigenfeld, Voigt u. a. über eine ‘Amtsenthebung’ ausschalten wollte (ts).

Führungswechsel

Oberboihingen – Andreas Molau (Jg. 1968) ist neuer Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP). Sein Auskommen verdient Molau als wissenschaftlicher Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und stellvertretender Chefredakteur des NPD-Bundesorgans „Deutsche Stimme“. In der Vergangenheit war Molau unter anderem Redakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Mitarbeiter der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg und zuletzt Lehrer an einer Waldorfschule. Molaus Vorgänger im Amt des GFP-Vorsitzenden war seit 1992 Rolf Kosiek, Mitarbeiter der geschichtsrevisionistischen Verlagsgemeinschaft Grabert/ Hohenrain, früherer Chefideologe der NPD. Der GFP-Jahreskongress zum Thema „60 Jahre nach Kriegsende – Befreiung von der ‘Befreiung’“ fand vom 8. bis 10. April im fränkischen Oberboihingen statt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de